

Bildungspolitische Fragen der GEW Ludwigsburg an die Kandidierenden für die Landtagswahl 2021

Partei: Silke Gericke

Kandidatin/Kandidat: Bündnis 90/Die Grünen

Wahlkreis: Ludwigsburg

- 1) Wie soll der Arbeits- und Gesundheitsschutz an den Schulen in Corona-Zeiten gewährleistet werden (Masken, Luftfilter, Wechselunterricht in kleineren Klassen etc.)?

Gesundheitsschutz ist höchstes Gebot. Es ist schwierig die Grundschüler*innen nur im Home-Schooling zu unterrichten. Bei einem Einstieg in den Präsenzunterricht ist es wichtig, in Kleingruppen einzusteigen. Die bisherige Regelung des Stufenplans ist ein Ansatz, der jedoch nur funktioniert, wenn alle Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Wichtig wäre eine Einbindung von Lehramtsstudent*innen in die Schulpraxis, um den Unterricht in Kleingruppen gewährleisten zu können. Dieses Einbinden muss jedoch auch ein Vorteil für die Studierenden sein und wie Praxissemester anzurechnen sein. Dabei ist es unabdinglich, dass FFP2 Masken zur Verfügung gestellt werden und der Einsatz von Luftfiltern gegeben ist. Wir dürfen nichts unversucht lassen, die Ansteckungsgefahr in unseren Schulen so gering wie möglich zu halten. Es geht um die Gesundheit unserer Kinder und um die Gesundheit unserer Lehrerinnen und Lehrer.

Dies gilt auch für die weiterführenden Schulen. Zudem ist es schade, dass es bei diesen Schulen keinen einheitlichen Fortschritt im Bereich des digitalen Unterrichts gibt. Im Prinzip ist ein Arbeiten in Kleingruppen und Lerngruppen auch im digitalen Rahmen eine gute Alternative zum Präsenzunterricht. Meine Forderung ist, dass es über alle Schulen übergreifend ein einheitliches, digitales System der Schulpraxis an weiterführenden Schulen Baden-Württemberg weit eingeführt wird. Bisher hängt es am Engagement der Schulleitung und am Einsatz der Lehrkräfte, wie erfolgreich digitaler Unterricht umsetzbar ist. Jede Schule vollzieht ein eigenes System. Das ist nicht tragbar. Zudem wäre es jetzt schon notwendig mit multiprofessionellen Teams, die Situation des Pandemie-Schooling zu überbrücken. Ich schreibe bewusst Pandemie-Schooling. Es muss eine langfristige Regelung geben, wie zu diesen Zeiten Pandemie-Unterricht stattfinden kann. Es kann nicht sein, dass seit März 2020 keine einheitliche Plattform zur Nutzung vorgegeben ist. Deshalb bedarf es auch hier eines Stufenplans, wenn Präsenzunterricht wieder möglich ist. Auch Schüler*innen der weiterführenden Schulen können in Kleingruppen mit Anleitung den Lehrstoff erarbeiten.

- 2) Wie schätzen Sie die aktuelle Situation der Schulen bezüglich der Anforderungen von Digitalem Unterricht ein?

Wie oben bereits genannt. Digitaler Unterricht muss zumindest an allen weiterführenden Schulen einheitlich gegeben sein – im Interesse der Lehrkräfte wie auch im Interesse der Elternschaft. Und was in den letzten Wochen doch noch einmal deutlich wurde – der digitale Unterricht muss im geschützten Rahmen stattfinden. Das heißt auch die Sicherheitssysteme des digitalen Unterrichtes müssen überarbeitet werden.

Dies alles ist derzeit nicht gegeben. Eigentlich gibt es tolle Ansätze aus der Lehrerschaft und der Studierenden im Bereich des Lehramtes, wie der Corona-Krise in der Praxis begegnet werden kann. Doch werden diese Konzepte derzeit vom Kulturministerium nicht angenommen – und es ist auch in

den letzten 10 Monaten nichts geschehen, um dieser Situation mit ausgearbeiteten Konzepten zu begegnen. Es ist jedes Mal nur eine Verlängerung der bereits unbeholfenen Übergangslösung. Keine Strategie.

- 3) Was wollen Sie gegen den Lehrkräftemangel, vor allem an Grundschulen und Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren unternehmen?

Wir wollen die Qualität der Grundschulen und SBBZ stärken. Das heißt natürlich, es muss in die Ausbildung von Lehrkräften investiert werden. Zwar wurde bereits 2019 durch die Kultusministerin erkannt, dass es einen akuten Lehrermangel gibt, aber es wurde von Seiten des Kultusministeriums nicht reagiert. Dabei braucht es deutliche Investitionen – in den richtigen Fachbereichen: Die Attraktivität als Lehrkraft an SBBZ und Grundschulen zu arbeiten, muss gestärkt werden. Zudem darf nicht sein, dass mit der Umsetzung von Inklusiver Bildung an Grundschulen, das Personal von SBBZs abgeworben wird, um an Grundschulen zu unterrichten. Zudem wäre die Einführung multiprofessioneller Teams als Unterstützungsangebot sehr wichtig. So könnten Schulsozialarbeiter*innen, Student*innen im fortgeschrittenen Semester, Psychologen bis hin zu IT-Fachleuten den Unterricht unterstützen. Das Lehramtsstudium an sich soll schulartenübergreifend verstärkt pädagogische und bildungswissenschaftliche Kernpunkte im Bereich der Sonderpädagogik aufgreifen und behandeln.

- 4) Wie stehen Sie zur Höherbesoldung für Grund- und Hauptschullehrkräften von A 12 nach A 13, als Angleichung gegenüber Lehrkräften anderer Schularten?

Unser Ziel ist, auch die Tätigkeiten von Lehrer*innen im Bereich der Grund- und Hauptschulen realistisch abzubilden, und auch die Zeit und das Engagement einzubeziehen, die über den reinen Unterricht hinausgehen. Denn es ist wichtig Lehrkräften mit Wertschätzung für Ihre Arbeit zu begegnen. Es ist wichtig über den Status von Grund- und Hauptschullehrkräften nicht nur zu diskutieren, sondern auch etwas zu tun. Doch bei Wahlprüfsteinen bereits eine Aussage solcher Größenordnung zu diskutieren, wird den Lehrkräften nicht gerecht und es ist nicht meine Art, wilde Versprechungen zu machen, um sie später nicht einhalten zu können.

- 5) Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass eine bessere Krankheitsreserve für die Schulen aufgebaut wird?

Sowohl zur Steigerung der Anzahl von Lehrkräften, als auch zur Organisation eines Not-Pools wäre eine weitere Öffnung der Lehrerlaufbahn für Quereinsteiger sinnvoll. Dies würde zudem den Einsatz von multiprofessionellen Teams unterstützen und weitere Perspektiven im Lehransatz bieten. Zudem wäre es wichtig befristete Stellen von Lehrkräften zu entfristen. Oftmals ist eine befristete Stelle als Lehrkraft Grund dafür, dem „Arbeitgeber Schule“ den Rücken zu kehren und in der freien Wirtschaft einer Tätigkeit nachzugehen.

- 6) Welche Maßnahmen wollen Sie gegen den Fachkräfte- und Personalmangel an Kindertageseinrichtungen auf den Weg bringen?

Es ist notwendig die Ausbildungskapazitäten weiter zu erhöhen. In der 14. Legislaturperiode, hat die grün-geführte Landesregierung mit der Einführung einer vergüteten, praxisintegrierten Erzieherinnen-

und Erzieherausbildung (PiA) im Schuljahr 2012/2013 die Attraktivität der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung deutlich verbessert. Mit diesem Ausbildungsmodell ist es gelungen, neue Zielgruppen wie Personen mit Hochschulzugangsberechtigung oder mit bereits abgeschlossener Berufsausbildung aus einem anderen Berufsfeld zu gewinnen. Hier müssen wir weiter ansetzen und das Programm vertiefen.

Mit einer „Offensive für gut ausgebildete Fachkräfte“ im Rahmen des Paktes für gute Bildung und Betreuung an. Sie umfasst den Ausbau der Ausbildungskapazitäten an Fachschulen für Sozialpädagogik und eine Ausbildungspauschale für die praxisintegrierte Erzieherinnen- und Erzieherausbildung. Auch diese Maßnahme muss weiter verfolgt werden und intensiviert werden. Zudem muss die Bezahlung von Fachkräften in Kindertageseinrichtungen nochmals deutlich auf den Prüfstand – wie in allen Care-Berufen.

7) Wie stehen Sie zum Ausbau der Ganztagesbetreuung?

Ein qualitativ hochwertiges schulisches Ganztagsangebot kann Schüler*innen in ihrer Entwicklung ganzheitlich fördern. Deshalb ist es sinnvoll die Qualität Ganztagsbetreuung zu stärken. Kooperationen mit außerschulischen Partnern wie Vereinen oder Musikschulen stärkt dabei die Verankerung vor Ort und bietet ein ganzheitliches Angebot. Gute schulische Ganztagsangebote sind nur in gebundenen Ganztagsklassen möglich. Dennoch sollte Schüler*innen dabei dennoch mehr Flexibilität für Vereinsaktivitäten oder für familiäre Unternehmungen geben. Es sollten deshalb an Grund- und weiterführenden Schulen die Ganztagskonzepte weiterentwickelt werden und dafür von Landesseite notwendige Qualitätsstandards zur Orientierung gegeben werden.

8) Für welches bildungspolitische Thema setzen Sie sich besonders ein, wenn Sie gewählt werden?

Die Bildungsgerechtigkeit in ihrer ganzen Bandbreite ist für mich das zentrale Thema. Das reicht vom inklusiven Lernen, über die Sprachbildung in Kindertageseinrichtungen und Schulen bis hin zur Förderung von Nischenbegabungen an weiterführenden Schulen. Denn die Bildungschancen sind noch immer ungerecht verteilt. Jedes Jahr verlassen über sieben Prozent der Jugendlichen die Schule ohne Abschluss. Ich setze mich dafür ein, dass es gute Bildung für alle gibt – in den Städten wie auf dem Land. Bund, Länder und Kommunen müssen gemeinsam ihre Verantwortung für gute Schulen übernehmen können. Dafür sollen alle Ebenen gemeinsam anpacken.